

# Senioren

# Union

## Geschäftsbericht

24. Landesdelegiertentag

Senioren-Union der

CDU Nordrhein-Westfalen

21. September 2021, Halle (Westf.)



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Landesvorstand der Senioren-Union NRW .....</b>	<b>4</b>
1.1	Nachrufe .....	5
1.2	Gespräch mit Elmar Brok .....	8
1.3	Gespräch mit Oliver Wittke MdB .....	8
1.4	Gespräch mit Thomas Rachel MdB .....	9
1.5	Gespräch mit Nathanael Liminski .....	9
1.6	Gespräch mit Frank Heidenreich.....	10
1.7	Gespräch mit Thorsten Hoffmann.....	11
1.8	Gespräch mit Dr. Norbert Röttgen MdB.....	12
1.9	Gespräch mit Matthias Kerkhoff MdL .....	13
<b>2</b>	<b>Landesgeschäftsstelle .....</b>	<b>14</b>
2.1	Aufgaben der Landesgeschäftsstelle .....	14
2.2	Personelle Besetzung .....	15
<b>3</b>	<b>Vertretung in Parteiorganen .....</b>	<b>15</b>
3.1	Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen .....	15
3.2	Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands	15
3.3	Landesvorstand der CDU NRW .....	16
<b>4</b>	<b>Funktionsträgerkonferenzen .....</b>	<b>16</b>
4.1	Minister Karl-Josef Laumann .....	16
4.2	Minister Hendrik Wüst .....	18
4.3	Dr. Christos Katzidis MdL .....	19
4.4	Minister Karl-Josef Laumann (Videokonferenz) .....	20
4.5	Esra Ercan (Videokonferenz).....	21
4.6	Marie-Luise Dött MdB (Videokonferenz) .....	23
4.7	Minister Jens Spahn MdB (Videokonferenz).....	25
<b>5</b>	<b>Bezirksvereinigungen.....</b>	<b>27</b>
5.1	Aachen .....	27
5.2	Bergisches Land.....	27
5.3	Mittelrhein.....	28
5.4	Münsterland.....	28
5.5	Niederrhein.....	29
5.6	Ostwestfalen-Lippe.....	29
5.7	Ruhr .....	30
5.8	Südwestfalen.....	31
<b>6</b>	<b>Chronik .....</b>	<b>32</b>
6.1	Chronologische Übersicht der Landesdelegiertentage seit 1988 .....	32
6.2	Statistik Mitgliederentwicklung .....	33
<b>7</b>	<b>Impressum .....</b>	<b>36</b>

## 1 Landesvorstand der Senioren-Union NRW

Der 23. Landesdelegiertentag wählte am 11. Juni 2018 in Düsseldorf einen neuen Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen. Nach 16 Jahren Amtszeit als Vorsitzender kandidierte Leonhard Kuckart nicht mehr und übergab den Staffelstab an Helge Benda, den bisherigen Bezirksvorsitzenden der Senioren-Union Ruhr.



Hier die gewählten Mitglieder des Landesvorstandes:

### **Landesvorsitzender**

Helge Benda

### **stellv. Landesvorsitzende**

Astrid Birkhahn  
Peter Fröhlingsdorf  
Dr. Wolfgang Gärtner  
Reinhard Maly  
Christa Thoben

### **Beisitzer**

Lothar Binger  
Heidelore Brebeck  
Theodor Derix  
Wolfgang Gunia

### **Schatzmeister**

Eberhard Bauerdick

### **Schriftführerin**

Elke Rühl

### **Mitgliederbeauftragter**

Stefan Hegering

Manfred Heinemann  
Hildegard Kuhlmann  
Wilma Ohly  
Wolfgang Potthast  
Christa Waschkowitz-Biggeleben

An den Sitzungen des Landesvorstands nehmen mit beratender Stimme teil, soweit sie dem Vorstand nicht bereits aus anderem Grunde angehören:

- Die Bezirksvorsitzenden

Bezirk Aachen	Herbert Geller
Bezirk Bergisches Land	Elke Rühl
Bezirk Mittelrhein	Siegbert Renner
Bezirk Münsterland	Astrid Birkhahn
Bezirk Niederrhein	Theo Thissen
Bezirk Ostwestfalen-Lippe	Peter Fröhlingsdorf
Bezirk Ruhr	Ingeborg Schrader
Bezirk Südwestfalen	Eberhard Bauerdick

- Die Mitglieder des Bundesvorstands der Senioren-Union der CDU Deutschlands
 

Ehrenvorsitzender:	Dr. Bernhard Worms
Bundvorsitzender:	Prof. Dr. Otto Wulff
Stellvertretende Vorsitzende:	Helge Benda Christa Thoben
Schatzmeister:	Heinz Soth
Beisitzer:	Eberhard Bauerdick Astrid Birkhahn Peter Fröhlingsdorf Wolfgang Gunia Wilma Ohly Dr. Gabriele Peus-Bispinck Theo Thissen
- Kooptierte Mitglieder
 

Rainer Mohrmann
-----------------

## 1.1 Nachrufe

In dem Berichtszeitraum mussten wir von Mitgliedern aus dem geschäftsführenden Vorstand Abschied nehmen.

### ILSE FINKELDEY

Der Name Ilse Finkeldey war untrennbar mit der Senioren-Union im Raum Minden-Lübbecke und darüber hinaus verbunden. Am 7. Dezember feierte die rüstige Politikerin ihren 98. Geburtstag. Am 10. Juli 2021 verstarb sie in ihrer Heimatstadt.

Sie gründete 1987 die Senioren-Union Minden-Lübbecke unter dem Motto: „Neuer Start mit Sechzig“.

Bis zum Ende war Ilse Finkeldey als Vorsitzende der Senioren-Union Minden-Lübbecke immer noch politisch aktiv. Viele Jahre war Ilse Finkeldey auch Vorsitzende des Bezirks Ostwestfalen-Lippe (1993 bis 2009) der Senioren-Union und stellvertretende

Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW (2000 bis 2012). Mit mehr als 700 Veranstaltungen zu politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen hat die Senioren-Union Mitgliedern und Gästen ein breites Themen-Spektrum geboten. Diese außergewöhnlich große Zahl an Veranstaltungen ist auch zugleich ein Beleg dafür, dass es Ilse Finkeldey immer auf den Zusammenhalt und umfassende Informationen der politischen Mitstreiter ankam. Viele Mitglieder der Senioren-Union werden sich auch gerne an die schönen Reisen erinnern, bei denen Deutschland und Europa erkundet wurde.

Ilse Finkeldey gehörte der CDU seit 1969 an. Als Abgeordnete wirkte sie im Stadtrat von Minden in den Jahren 1989 bis 2009. Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat ihr 2012 die Konrad-Adenauer-Medaille verliehen. Für ihre herausragenden Leistungen erhielt sie 1994 das Bundesverdienstkreuz und 1996 den Ehrenring der Stadt Minden.



## WOLFGANG JAEGER



Am 2. November 2020 verstarb Wolfgang Jaeger im Alter von 85 Jahren in Gelsenkirchen.

Wolfgang Jaeger, ein politisches Urgestein, wurde 1958 Mitglied der CDU und Jungen Union sowie der CDA. Er war in seiner politischen Laufbahn Kreisvorsitzender der Jungen Union Gelsenkirchen, CDU-Ortsvorsitzender, CDU-Kreisvorsitzender, Mitglied im Landesvorstand der CDA. Er war Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes CGB NRW, Mitglied des Rates der Stadt Gelsenkirchen und Mitglied im Landtag NRW.

Als Mitglied der Senioren-Union gehörte er von 2000 bis 2014 dem Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU-Deutschlands an. Von 2008 bis 2014 arbeitete er als stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW, fast parallel dazu leitete er den Bezirksverband der Senioren-Union Ruhr von 2006 bis 2014 als Vorsitzender.

Im Februar 2015 verlieh ihm die Senioren-Union der CDU Deutschlands die Konrad-Adenauer-Medaille für seine langjährigen Verdienste.

Wolfgang Jaeger durften wir als verlässlichen und charmanten Menschen kennenlernen, der seine Arbeit stets verantwortlich wie verbindlich geleistet hat. Er besaß eine ausgeglichene Persönlichkeit und ließ sich in der Politik durch das christliche Menschenbild leiten.

## LEONHARD KUCKART

Der langjährige Vorsitzende Leonhard Kuckart, verstarb am 28. April 2020 im Alter von 88 Jahren.

Leonhard Josef Kuckart, so sein kompletter Name, nahm sich während seiner Tätigkeit im Rat der Stadt Schwelm (von 1961 bis 1981) schwerpunktmäßig der kommunalen Finanz-, Wirtschafts-, Sport- und Krankenhauspolitik an.

Im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises, dem Leonhard Kuckart von 1975 bis 1997 angehörte, setzte er sein Engagement für die Wirtschaft als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion fort.



Als 1. beziehungsweise 2. stellvertretender Landrat (von 1994 bis 1997) und als Mitglied zahlreicher Ausschüsse und Gremien prägte er die Entwicklung des Kreises maßgeblich mit.

1980 wurde Leonhard Kuckart in den Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. Bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 2000 galt sein besonderes Augenmerk der Förderung des Sports. 20 Jahre lang war er Mitglied des Sportausschusses, davon 10 Jahre - von 1990 bis 2000 - sportpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Mit breit gefächertem Fachwissen, gerade im Sport- und Kulturbereich, brachte er zahlreiche parlamentarische Initiativen mit auf den Weg. Vor allem wirkte er darauf hin, dass der Sport 1992 als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen wurde. Die Arbeit seiner Partei unterstützt Leonhard Kuckart seit über vierzig Jahren auf Orts-, Kreis und Landesebene.

Die Senioren-Union des CDU-Bezirksverbandes Ruhr, deren Vorsitzender er von 1997 bis 2001 war, entwickelte sich unter seiner Leitung zu einer politisch aktiven Vereinigung. Von April 2000

bis November 2018 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands und von Juli 2002 bis zum Juni 2018 Vorsitzender des stärksten Landesverbandes der Senioren-Union, der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen.

Engagiert ermutigte er die Angehörigen der älteren Generation, in Ehrenämtern für die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Wichtig war ihm vor allem der Dialog zwischen der jüngeren und älteren Generation. Aus diesem Gedanken heraus erschuf er den Musik- und Sportförderpreis.

Immer wieder kämpfte er gegen die Altersdiskriminierung und dass doch der Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um den Begriff „Alter“ ergänzt wird. Die Einführung von Seniorenämtern und der Rechtsanspruch auf einen Seniorentagesplatz standen dem in Nichts nach.

Für seine ehrenamtliche Arbeit wurde er 2018 mit der Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union ausgezeichnet und erhielt im Januar 2019 das Bundesverdienstkreuz vom Ministerpräsidenten des Landes NRW, Armin Laschet überreicht.

### **REINHOLD UHLENBROCK**

Die Senioren-Union der CDU-NRW trauert um Reinhold Uhlenbrock, der am 26.04.2020 im Alter von 86 Jahren verstarb. Reinhold Uhlenbrock trat 1997 in die Senioren-Union ein und engagierte sich umgehend. Er war Stadtverbandsvorsitzender der Senioren-Union in Drensteinfurt (2000 – 2005), Bezirksvorsitzender im Münsterland (2004 – 2016), stellvertretender Landesvorsitzender (2006 – 2010) und Landesschatzmeister der Senioren-Union NRW (2010 - 2016) und er ließ an seinem Wissen und seiner Erfahrung auch von 2010 bis 2016 den Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands teilhaben. Für seine ehrenamtliche Arbeit wurde er 2016 mit der Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union ausgezeichnet.



Er war ein ausgewiesener Fachmann in der Rentenpolitik und hatte stets ein offenes Ohr für die sozialen Belange seiner Mitmenschen.

## 1.2 Gespräch mit Elmar Brok



Elmar Brok gab einen aktuellen Stimmungsbericht zu Entwicklungen in Europa. Kritisch merkte er an: „Wir haben die Antieuropäer in Europa bisher immer besiegt, außer bis jetzt in Italien. Wir müssen Zustimmung finden für unsere Wirtschaftskonzeption, sonst wird es eng für uns.“

Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als bestehe die EU nur zum Vorteil der Deutschen. Einigkeit gebe es bei Fragen der Steuern, in der Sozial- und der Außenpolitik. Der menschliche Zusammenhalt müsse gefördert werden. Die Sicherungssysteme, wie

Renten und Krankenkassen müssten national bleiben. „Es ist im Moment aber nur machbar, Mindeststandards festzulegen. Es kann nicht alles aus einem Topf gezahlt werden“, sagte Brok. Er warnte davor, dass Deutschland nationalistisch werde: „Dann ist es immer fürchterlich für uns geworden. Das bedeutete Krieg. Wir dürfen den Begriff der Nation nicht den Rechten überlassen.“ Brok forderte außerdem eine bessere Zusammenarbeit der Geheimdienste, was nicht einmal in Deutschland funktioniere.

## 1.3 Gespräch mit Oliver Wittke MdB



Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, war Gast des Landesvorstandes im Dezember 2018. Er bezeichnete die aktuelle Situation der CDU als eine „Werbung für die Demokratie.“ Drei Kandidaten im Vorfeld des Bundesparteitages im Dezember für den Bundesvorsitz habe es noch nie gegeben.

Auch an der Basis habe es leidenschaftliche Diskussionen gegeben. Dies habe eine positive inhaltliche Auseinandersetzung hervorgerufen, wie sie beispielhaft und bisher auch einmalig gewesen sei. „Wir dürfen den Schwung nicht verlieren. Unser Anspruch muss 40 plus X sein.“ Oliver Wittke forderte, jetzt die „Integration nach innen zu betreiben und die unterschiedlichen Richtungen zusammenzuführen.“

Für eine qualitative Verbesserung der Parteiarbeit betrachtete es Oliver Wittke als erforderlich, Verbände und Fachleute zu den entsprechenden Themen hinzuzuziehen. „Wir müssen neue Formen finden, um Sachverstand von außen hereinzubringen.“ Mit normalen Parteiversammlungen sei das nicht mehr machbar. Hier komme Arbeit auf den neuen Generalsekretär Paul Ziemiak zu.

Innerhalb der Koalition müsse die CDU zeigen, wo sie hin wolle. Im Moment seien die Sozialkassen noch „rappellvoll“. Bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme müsse beachtet werden, dass dies sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren ändern werde. Auch müsse die Unternehmenssteuerreform zum Thema gemacht werden, um den Standort Deutschland attraktiver zu machen.

Dringend erforderlich sei die Aufgabe, das „Alter neu zu denken“. Die Älteren bildeten die Gruppe mit dem höchsten Anteil an CDU-Wählern. Der Übergang in den Ruhestand müsse flexibler und



kreativer gestaltet werden. Es sei nicht einzusehen, dass Ärzte im ländlichen Raum aufgrund ihres Alters nicht mehr praktizieren dürften oder der Physikunterricht in Schulen ausfalle, weil die Lehrer in den Ruhestand geschickt worden seien, obwohl sie möglicherweise noch gerne weiter unterrichtet hätten. Auch über das Ehrenamt müsse gesprochen werden.

## 1.4 Gespräch mit Thomas Rachel MdB



„Wir müssen uns in dieser Zeit des Umbruchs aber nicht als Getriebene fühlen. Gute Bildung, exzellente Wissenschaft und innovative Forschung – das sind die entscheidenden Werkzeuge, damit wir die Welt gestalten können“, mit dieser optimistischen Einschätzung kennzeichnete Thomas Rachel MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und

Bildung, seinen Impulsvortrag anlässlich der Sitzung des Landesvorstandes der Senioren-Union NRW in Düsseldorf.

Für diese Arbeit steht dem Bundesministerium für Bildung und Forschung mit rund 17,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 der mittlerweile viertgrößte Etat im Bundeshaushalt zur Verfügung. Das zeigt: die Bundesregierung investiert kontinuierlich und verlässlich in die Zukunft. Denn Bildung, Wissenschaft und Forschung brauchen keinen Aktionismus, sondern einen langen Atem:

- I. Stärkung und Modernisierung der beruflichen Bildung
- II. Ausbau des Spitzenstandorts Deutschland für Forschung und Innovation
- III. Digitalpakt Schule

Es ist Ziel der Senioren-Union NRW, mit den Entscheidern in Politik und Wirtschaft in einen konstruktiven Dialog zu treten; der Vortrag von Thomas Rachel zeigte dabei auch, wie groß das Bestreben der Bundesregierung ist, Wissenschaft und Forschung zum Wohle der Menschen und der Regionen einzusetzen. Der Gedankenaustausch geht weiter, das ist für den Landesvorsitzenden Helge Benda sicher.

## 1.5 Gespräch mit Nathanael Liminski



Ergebnisse gelungener Landespolitik präsentierte unser Landesvorsitzender Helge Benda in der jüngsten Vorstandssitzung der Senioren-Union: Nathanael Liminski, 33jähriger Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei lieferte ein Feuerwerk an erfolgreichen Umsetzungen von Wahlkampfthemen und verschaffte einen beeindruckenden Einblick in die Intensität, in der die Landesregierung die Missstände beseitigt, die sie von ihren rot-grünen Vorgängern übernommen hat.

Der Referent, der trotz seines relativ jungen Alters schon über beträchtliche politische Erfahrungen verfügt, machte klar, dass sich die Landesministerien auf die Abarbeitung der Wahlkampfthemen konzentrierten und sich nicht mit Nebensächlichkeiten oder den Aufbau von weiteren Missständen aufhielten. Der Regierungswechsel in Düsseldorf sei nur durch Landesthemen bewirkt worden. Deshalb bliebe die Regierung auch konzentriert bei der Realisierung ihrer Wahlthemen und ursprünglichen Forderungen wie unter anderem bei der inneren Sicherheit, in Schule und Wirtschaft sowie beim Verkehr. „Von Montag bis Donnerstag muss an schwierigen Themen gearbeitet werden, wie zum Beispiel, was dürfen die Polizisten in den jeweiligen Ländern? In NRW war bei Rot-Grün fast gar nichts erlaubt. Ein drängendes Ziel ist es auch, die

rigenen Themen gearbeitet werden, wie zum Beispiel, was dürfen die Polizisten in den jeweiligen Ländern? In NRW war bei Rot-Grün fast gar nichts erlaubt. Ein drängendes Ziel ist es auch, die

Zusammenarbeit der Polizeibehörden in NRW zu verbessern.“ Als weiteres gelungenes Beispiel für die Arbeit der Landesregierung nannte Nathanael Liminski die Wiedereinführung des neun-jährigen Abiturs. Die grüne Ministerin Löhrmann habe jahrelang nur Probleme geschaffen und vor sich hergeschoben, ihre Nachfolgerin Gebauer hätte sie innerhalb kürzester Zeit gelöst, inklusive für Abbau des Unterrichtsausfalls gesorgt.

Im Bereich Wirtschaft würde die Digitalisierung vorangetrieben, was zum Beispiel den elektronischen Gewerbeansiedlungen und dem Mobilfunk zugutekäme. Im Bereich Soziales dürfe die Regierung keine Angriffsfläche bieten. Fragen der Umwelt und der Ökologie müssten so gelöst werden, dass es vielleicht gelinge, die Akzeptanz der Windkraft bei den Menschen vor Ort zu erhöhen. Für die Unternehmen im Ruhrgebiet müsse Versorgungssicherheit bei der Energiewende gewährleistet sein. Christa Thoben wandte ein, dass heute längst nicht alles, was machbar sei, angewandt würde. Nathanael Liminski ergänzte, die E-Mobilität sei nicht „das einzig Seligmachende“. Der Expertenrat für E-Mobilität tage regelmäßig beim Ministerpräsidenten. Für Elektro-Autos müsse geklärt werden, woher der Strom kommen solle. Außerdem müsse Offenheit für den Wasserstoff-Antrieb existieren. Selbst Diesel-Fahrzeuge müssten noch weiter ihren Platz haben. Liminski sagte, die Energiewende müsse „sicher, sauber und bezahlbar“ sein. Eine mögliche CO<sub>2</sub>-Steuer dürfe Verbraucher, die weniger Geld haben, nicht stärker belasten.

Nathanael Liminski sieht massive Probleme auf alle Beteiligten zukommen, falls es zu einem ungeordneten Brexit kommen solle. „Die älteste Demokratie der Welt kommt mit dem Ausgang eines Referendums nicht klar“, stellte er fest. Friedrich Merz habe als Brexit-Berater für die Landesregierung viel erreicht. Liminski mahnte: „Wir dürfen uns die Briten nicht entfremden und müssen alles unterhalb der politischen Ebene unternehmen, Austausch zu aktivieren und Kontakte zu halten.“

## 1.6 Gespräch mit Frank Heidenreich

Mit dem Thema „Entwicklung der Verkehrspolitik“ hat Landesvorsitzender Helge Benda offensichtlich goldrichtig gelegen, denn eine angeregte Diskussion folgte im Landesvorstand den Ausführungen von Frank Heidenreich, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Verbandsversammlung Rhein-Ruhr (VRR) und Vorsitzender des Strukturausschusses des Regionalverbandes Ruhr (RVR).

Der Verkehrsexperte berichtete über die Zuständigkeiten und Zusammenarbeit in der Entwicklung der Verkehrspolitik. Dabei betonte er, dass die Zusammenarbeit zwischen der CDU und den Grünen gut sei. Der Verkehrsverbund sei zuständig für die Infrastruktur im kommunalen ÖPNV. Allerdings entscheide der Verkehrsverbund nicht, wer in den Städten fahre. Diese Entscheidung läge bei den Städten, die die Auftragsvergaben vornähmen. Die Städte müssten auch die Finanzierungen für den ÖPNV sicherstellen.

Auf die Nachfrage aus dem Landesvorstand, dass es im ländlichen Raum Regionen gäbe, in denen nur stündlich ein Bus fahre und am Wochenende der ÖPNV vollständig ruhe, sagte Frank Heidenreich, dass ein Arbeitskreis für den ländlichen Raum existiere. Insgesamt käme es auf mehr Leistung und mehr Angebote an. Dabei spiele der Preis eine untergeordnete Rolle. Auf die Frage, ob der Einsatz von Bürgerbussen helfen könne, prognostizierte der Verkehrsexperte, dass in 20 Jahren im ländlichen Raum kein



Bus mehr fahren werde. Das autonome Fahren werde immer mehr praktiziert. In den Städten würden weiterhin Busse fahren.

Der Schilderung, dass Preise häufig über Stadt- und Kreisgrenzen nicht abgestimmt seien und man vom Aachener Raum quer durch Belgien bis zur Küste und zurück für 6,40 Euro komme, stellte Frank Heidenreich das Verhalten der Räte in Städten und Gemeinden entgegen: „Bei denen liegt die Verantwortung, weil sie die Preise bestimmen.“ Zur Frage nach einem kostenlosen ÖPNV sagte der Referent, man müsse sich mit allen Themen beschäftigen. Am Ende zähle nur die erreichbare Qualität. Beim kostenlosen ÖPNV würde argumentiert, die Transportmittel wären zu voll, keiner könne mehr einsteigen. Im Moment sei man bei Tarifeinnahmen von 1,4 Mrd. Euro angekommen. Aus Kreisen der Zuhörer gab es noch die Anregung, dass man mit Blickrichtung auf die jungen Leute nicht mehr von einem NRW-Ticket ausgehen solle, sondern man spreche von Europa und ganz sicher von den Benelux-Staaten.

### **1.7 Gespräch mit Thorsten Hoffmann**

Als kompromisslosen Macher im Sinne der Polizeibeamten des Landes stellte SU-Landesvorsitzender Helge Benda den Polizeibeauftragten von Nordrhein-Westfalen, Thorsten Hoffmann, im Landesvorstand der Senioren-Union vor. Was dieser dann über die Art seiner Tätigkeit und die Zielsetzungen, die ihn antreiben, zu berichten hatte, überzeugte die Mitglieder des Landesvorstandes und motivierten diese zu einer angeregten Diskussion über Beispiele aus dem Umfeld des Landes-Polizeibeauftragten. Dieser geizte nicht mit Lob für Landesinnenminister Reul, der „anpackt und Probleme erkennt“.

Thorsten Hoffmann berichtete, dass er für 42.000 Polizeibeamte und weitere 8.000 Mitarbeiter zuständig sei. U.a. machten zwei Bereiche seine Tätigkeit aus: Mobbing, Diskriminierung, Gewalt, Fehlverhalten sowie Anregungen und Beschwerden. Ihm komme es darauf an, schnell erreichbar zu sein, auch anonym, um sich schnell der Fälle, die an ihn herangetragen würden, anzunehmen. Trotz seiner relativ kurzen Dienstzeit, habe er schon Fälle gelöst. „Besonders beim Vorwurf des Mobbing ist es gut, wenn sich ein Außenstehender des Falles annimmt“, sagt der erfahrene Polizeibeamte, der auch schon Abgeordneter des Bundestages gewesen ist.



Der in Castrop-Rauxel geborene und Dortmund lebende Polizeibeauftragte nennt sein Credo für die Arbeit: „Ich möchte, dass die Leute glücklich sind“. Wichtig sei es, lange genug zu beobachten,



dann könne man in der großen Organisation auch etwas ändern. Zurzeit lägen ihm 180 Fälle vor, von denen 100 bearbeitet seien. Da er hauptsächlich seinen Dienst in Dortmund versehen habe, sei er dort auch in seiner neuen Funktion besonders bekannt. Deshalb wendeten sich auch viele Dortmunder Beamte an ihn. Das sei aber ein Signal dafür, dass er in den anderen Städten und Regionen sich noch bekannt machen müsse, um die Polizeibeamten dort zu erreichen. Inhaltlich seien im Moment besonders Fälle wie der Vorwurf des Mobbings, Vorgehen bei einem Dienstunfall oder auch der Wunsch nach Mehrarbeit bei ihm gelandet.

Bei der Lösung von Fällen bevorzuge er den ganzheitlichen Ansatz, bei dem alle Beteiligten gemeinsam an der Lösung eines Falles arbeiteten. Dabei würden auch gesonderte Gruppierungen mit in die Lösungssuche einbezogen.

### **1.8 Gespräch mit Dr. Norbert Röttgen MdB**

Eine schonungslose Analyse zur internationalen Lage und die Rolle Deutschlands lieferte Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, in der jüngsten Sitzung des Landesvorstandes der Senioren-Union in Düsseldorf. Landesvorsitzender Helge Benda konnte den erfahrenen Außenpolitiker begrüßen, der die Situation 30 Jahre nach dem Mauerfall skizzierte: Auflösung von Ordnungen, Auseinanderbrechen von festen Systemen, Flüchtlingskrise, Ukraine, Brexit, in einem „Wimperschlag der Geschichte“ sei alles anders geworden. „Die Nachkriegsepoche ist nicht 1989 zu Ende gegangen“, sagte Norbert Röttgen. Eine neue Ordnung der Welt sei noch nicht da, „wir sind jetzt in einer Zwischenphase.“

Die neue Architektur von globaler Machtverteilung werde jetzt ausgekämpft, nicht nur mit Worten und Verträgen, sondern auch mit Gewalt, Kriegen und Manipulation. Dabei zähle am allermeisten die Veränderung von Amerika. Die Rolle als Führungsmacht habe Trump freiwillig aufgegeben. Bisherige Freunde und Allianzen würden dem Prinzip „America first“ geopfert. Hier gehe es um Vorteile auf Kosten von anderen.



Auch bei der Rolle Russlands gebe es eine totale Abkehr. Nach der Beendigung des so genannten „Kalten Krieges“ sei man ab 1989/1990 von friedlicher Koexistenz ausgegangen. Jetzt befinde man sich in einer neuen Welt. Im Frühjahr 2014 habe Russlands Präsident Putin diese neue Ordnung verlassen. Ein Grund dafür sei wohl auch der Gedanke Putins gewesen, dass Russland alleine zurückbleibe, sogar die Ukraine wende sich in Richtung Westen. In der Folge

entwickelte Russland Gegenmodelle zum Westen. Als weiteres Gegenmodell entwickelte sich China. China signalisiere nach außen Machtbewusstsein und wirke expansiv. Die „Neue Seidenstraße“ sei ein Beispiel dafür. Innenpolitisch zeige sich China durch die Überwachung der Bürger eher repressiv.

Auch im mittleren Osten werde derzeit eine neue Ordnung „herausgekämpft“. Für Deutschland stelle sich die Frage, welche Rolle wir in diesem Gesamtgefüge spielen. Diese Identitätsfrage gelte ebenso für Europa. Es sei niemand mehr da, unsere deutschen Interessen zu erfüllen. „Nach Trump werden neue Zeiten kommen. Wir müssen unser Schicksal in die Hand nehmen, weil es niemanden gibt, der das macht. Für Deutschland und Europa wird sich die Frage stellen, wie die Staaten damit umgehen. Vorangehen müssen Frankreich und Deutschland, auch die Briten und Polen müssten zu der Gruppe gehören, die außenpolitisch Gewicht haben muss.“

Kritisch ging der Ausschuss-Vorsitzende mit der aktuellen Außenpolitik um: „Deutschland war noch nie außenpolitisch so schwach wie heute.“ Die USA seien unsere engsten Verbündeten und blieben unverzichtbar. Aber Deutschland müsse sich mehr einbringen.

Als „dominanten Punkt“ der deutschen außenpolitischen Anstrengungen bezeichnete Dr. Norbert Röttgen China. In Wettbewerbsfragen müsse Einigkeit China gegenüber herrschen. Die 5G-Frage werde ganz entscheidend für die Gestaltung der Zukunft sein, da 5G schon vielfältig genutzt werde. Hier würde eine zentrale Frage der nationalen Sicherheit in die Hände der Chinesen gelegt.

Beim „Blick nach Süden“ sähe man beim Irak-Krieg drei Phasen: Beginn bei US-Präsident Bush, die Inaktivität bei Obama und den Rückzug bei Trump. Bei allen Entwicklungsstufen hätte Deutschland kaum Einfluss gehabt. Röttgen bezeichnete den Vorschlag von Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer als „richtig“, die eigenen Ziele gemeinsam mit den Amerikanern zu definieren.

Norbert Röttgen beendete seinen Vortrag mit dem Appell, dass Europa für seine Einheit einstehen, politisch dafür kämpfen müsse, damit die zum Teil chaotischen Zustände „uns nicht eines Tages überrollen! Damit Deutschland dazu in der Lage sei, bräuchten wir eine handlungsbereite CDU. „Wer, wenn nicht die CDU, kann diese Stärke im Land aufbringen!“

## 1.9 Gespräch mit Matthias Kerkhoff MdL



Eine positive Bilanz für die CDU präsentierte Matthias Kerkhoff, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion bei seinem Besuch des Landesvorstandes der Senioren-Union in Düsseldorf. SU-Landesvorsitzender Helge Benda begrüßte den 40jährigen Sauerländer in „spannenden Zeiten“. Entsprechend hatte Matthias Kerkhoff auch Gelegenheit, zu einem breiten Spektrum an Themen Stellung zu nehmen.

Aktuell spielten die politischen Ereignisse in Thüringen eine tragende Rolle in den Medien. Dazu bezog der Referent klar Position: „Ramelow hat die Wahl nicht gewonnen. Sein Bündnis ist abgewählt worden. Für die CDU muss klar sein, dass Bündnisse mit Links und der AfD nicht in Frage kommen.“

Zum aktuellen Thema „Corona-Virus“ sagte Matthias Kerkhoff, dass das Virus in Deutschland auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt treffe. Die Entwicklung sei zwar nicht unproblematisch, aber er warne vor Panik und Hysterie. Davon gingen seiner Ansicht nach größere Gefahren aus als vom Virus selbst. Allerdings sei es für ältere Menschen mit geschwächtem Immunsystem nicht unproblematisch.

Erfolgsmeldungen verkündete Kerkhoff aus der Landespolitik: Er betonte, dass die drei Säulen, die in erster Linie den Wahlkampf 2017 ausgemacht hätten, Bildung, Innere Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung/Verkehrspolitik nachhaltige Verbesserungen anzeigten: Die Kriminalität läge in NRW auf niedrigstem Stand seit langem. Es seien mehr Polizeianwärter eingestellt worden, außerdem sei die Ausstattung der Polizei deutlich verbessert worden.

Die Zahl der Studienplätze für die Grundschulen sei um 38 Prozent erhöht worden. Außerdem hätte NRW von G8 auf G9 gewechselt.

NRW sei auf gutem Weg, Dieselfahrverbote in fast allen Städten des Landes zu vermeiden. Es sei die Vorgängerregierung gewesen, die verklagt worden sei. Dies hätte allerdings System gehabt: „Der damalige Minister Rimmel wollte, dass es zu Fahrverboten kommt.“ Bis auf Aachen seien Fahrverbote weitestgehend vom Tisch. „Damit bleibt Mobilität in den Städten gewährleistet“, kündigte Matthias Kerkhoff an. Im Moment werde mehr Geld für Ingenieure, Personal und Planer bereitgestellt, damit die Mittel des Bundes abgerufen werden können. Dies habe zur Folge, dass zurzeit die Zahl der Baustellen zunehme. Allerdings sei dies Ergebnis der positiven Tatsache, dass im Straßenverkehr für PKW wie auch für den ÖPNV und für Radfahrer die Situation verbessert werde. „Das alles schaffen wir, ohne neue Schulden zu machen“, sagte Kerkhoff.

Landesvorsitzender Helge Banda fügte an, dass auch das Thema „Anliegerbeiträge“ zum politischen Rundumschlag gehöre.

Im Anschluss an den Vortrag des Parlamentarischen Geschäftsführers der Landtagsfraktion schloss sich eine rege, politisch breit gefächerte Diskussion an, vom Schuldenerlass für überschuldete Städten und Gemeinden, Seniorenfragen im Landtag, Bundesvorsitz der CDU, Brexit, Windkraft-Trassen aus Beton durch die heimischen Wälder des Sauerlandes bis hin zu Elektroautos der Post.

## **2 Landesgeschäftsstelle**

### **2.1 Aufgaben der Landesgeschäftsstelle**

- Organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von
  - Landesdelegiertentagen
  - Landesfachkonferenzen
  - Landesvorstandssitzungen
  - Funktionsträgerkonferenzen
  - Bundesdelegiertentagen
- Organisatorische Betreuung der Vereinigungsarbeit
- Planung, Vorbereitung und Durchführung von politischen Veranstaltungen
- Unterstützung der Bildungsarbeit der Bezirks-, Kreis- und Stadt-/Ortsverbände
- Mitarbeit bei der Vorbereitung überregionaler Veranstaltungen der Senioren-Union der CDU Deutschlands
- Kontaktpflege zu anderen (Senioren-) Verbänden
- Verwaltung der Finanzen
- Entwicklung, Bereitstellung und Versand von Werbemitteln
- Erarbeitung von Aktionsanleitungen, Flugblattvorlagen, Broschüren und Stellungnahmen zur politischen Arbeit
- Betreuung des Internetauftritts
- Redaktion und inhaltliche Mitarbeit an der Zeitschrift „Alt&Jung“
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

## 2.2 Personelle Besetzung

Landesgeschäftsführer



Heinz Soth

Assistentin der Geschäftsführung



Mechthild Solberg

## 3 Vertretung in Parteiorganen

### 3.1 Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen

Der 23. Landesdelegiertentag am 11. Juni 2018 in Düsseldorf wählte folgende Personen zu Delegierten/Ersatzdelegierten der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen zum Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen: (in der Reihenfolge der Stimmergebnisse)

#### Delegierte

Benda, Helge  
Thoben, Christa  
Wulff, Prof. Dr. Otto  
Bauerdick, Eberhard  
Rühl, Elke  
Ohly, Wilma  
Waschkowitz-Biggeleben, Christa  
Peus-Bispinck, Dr. Gabriele  
Fröhlingsdorf, Peter

#### Ersatzdelegierte

Kuhlmann, Hildegard  
Schrader, Ingeborg  
Heinemann, Manfred  
Thissen, Theo  
Schemmer-Kock, Brigitte  
Geller, Herbert  
Heuter, Hans-Josef

### 3.2 Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Der 23. Landesdelegiertentag am 11. Juni 2018 in Düsseldorf wählte folgende Personen zu Delegierten/Ersatzdelegierten der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen zur Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands: (in der Reihenfolge der Stimmergebnisse)

#### Delegierte:

Gärtner, Dr. Wolfgang  
Alkemper, Anne  
Lux, Monika  
Schrader, Ingeborg  
Heinemann, Manfred  
Pannenbäcker, Ingrid  
Gericke, Erika  
Thissen, Heidi  
Carstensen, Gaby  
Stumpe, Ursula  
Waschkowitz, Michael

#### Ersatzdelegierte

Meyer, Herbert  
Gunkel, Wilhelm  
Driesch, Rudolf  
Renner, Siegbert  
Carstensen, Wulf  
Reuter, Ferdinand  
Steingießer, Klaus  
Oeckenpöhler, Horst  
Stumpe, Klaus  
Schürman, Kurt

Lunk-Schröder, Helma  
 Rühl, Hans-Jürgen  
 Jäkel, Klaus  
 Kolzewski, Marlies  
 Heuter, Oda

### 3.3 Landesvorstand der CDU NRW

Christa Thoben wurde am 9. Juni 2018 auf dem 41. Landesparteitag der CDU NRW in Bielefeld als Beisitzerin in den Landesvorstand der CDU NRW gewählt. Helge Benda und Prof. Dr. Otto Wulff sind qua Ihrer Ämter als Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW bzw. Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands beratendes Mitglied in diesem Gremium.

## 4 Funktionsträgerkonferenzen

Im Berichtszeitraum haben Konferenzen der Bezirks- und Kreisvorständen sowie Stadt- und Ortsvorsitzenden der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen stattgefunden.

### 4.1 Minister Karl-Josef Laumann

„Wir bekommen argumentativen Nachschub“, damit begrüßte der Landesvorsitzende den Gastredner Minister Karl-Josef Laumann. Und dass es viele Themen gibt, die zu dem umfangreichen Arbeits- und Forderungskatalog der Senioren-Union zählen, deutete Helge Benda zu Beginn schon an: Zunahme der über 60-jährigen in Nordrhein-Westfalen, Hausärztemangel, Quereinsteiger in die Allgemeinmedizin, Gemeindeschwester, Gesundheits- und Pflegekräfte, Pflegekammer sowie Unterstützer im Alltag für Senioren und Bedürftige.

Volle Sozialkassen

Sogleich entfachte der Minister ein wahrhaftiges Feuerwerk an positiven Nachrichten: Die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung betragen 23 Mrd. Euro, deshalb sollten die Beiträge gesenkt werden. Die gesetzlichen Krankenkassen verfügten über Rücklagen von mehr als 20 Mrd. Euro und die Rücklagen der Rentenkasse gingen bis an die Grenze, dass die Beiträge gesenkt werden



müssten. In Deutschland seien so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie noch nie. Die aktuellen Zahlen seien selbst in den 60er und 70er Jahren nicht erreicht worden, weil damals viele Frauen nicht erwerbstätig gewesen seien.

Grundsatz „ambulant vor stationär“ gilt nicht mehr

Karl-Josef Laumann setzte sich auch nachdrücklich für eine Unterstützung der „Hochbetagten“ ein: „In den letzten Jahren sind Milliarden

für Kindertagesstätten und Ganztagschulsysteme investiert worden. Durch diese gesellschaftliche Entwicklung ändert sich nicht nur das Leben für die Kinder, sondern auch für die ältesten Mitbürger.“ Kritisch fügte er an: „Und für diese Menschen haben wir nichts gemacht. Viele sind nur deshalb zu Hause, weil die Heime zu teuer sind. Aber zu Hause sind sie oft alleine.“ Der Minister sprach sich dafür aus, „die vielen Formen der Unterbringung zu unterstützen. Die Men-



schen sind unterschiedlich in ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten.“ Deshalb sei der lange vertretene Grundsatz „ambulant vor stationär“ überall gestrichen worden. „Ich bin das Gerede leid, dass das eine besser ist als das andere“, sagte Laumann.

#### Mehr Kräfte ausbilden

Durch die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung sei mehr Geld verfügbar. Jetzt offenbare sich ein neues Problem: Wo bekommen die Pflegedienste das qualifizierte Personal her? „Jetzt haben wir Geld und keine Leute“, nannte Minister Laumann ein Problem, über das, so kündigte er an, mit der Senioren-Union „fair geredet“ werden müsse. Seiner Aussage nach sei die Grenze des Wachstums im Pflegemarkt zurzeit erreicht. In NRW lebten 200.000 Pflegebedürftige. Die Hälfte befände sich im Krankenhaus oder zu Hause, die andere Hälfte in der Altenpflege. Für die Altenpflege gäbe es 10.000 Ausbildungsplätze für das erste Lehrjahr. Kritisch ging der Minister mit den Krankenhäusern ins Gericht. Hier gäbe es nicht mehr Ausbildungsplätze als vor zehn Jahren, weil die Krankenhäuser immer sagten: „Wir finden ja keine. Aber das stimmt nicht.“ Er rief die Kommunalpolitiker auf, auf die Anzahl der Ausbildungsplätze in Krankenhäusern Einfluss zu nehmen. Laumann betonte die Notwendigkeit, auf Pflegekräfte aus dem Ausland zurückzugreifen. Hierzu kritisierte der Minister: „Wir müssen bei der Einstellung schneller werden.“ Er kündigte an, bis zum Sommer neue Strukturen vorweisen zu können.

#### Netzwerk mit Ehrenamtlichen

Karl-Josef Laumann sprach sich dafür aus, auf dem Land und in der Stadt ein Netzwerk aus Ehrenamt und Profession in enger Zusammenarbeit zu errichten. Im Dorf müsse es eine stationäre Einrichtung geben, die alle Themen angehe. „Wir überlegen, wie wir mit etwas Geld Pflegeeinrichtungen in diese Aktivitäten einspringen lassen können. Wenn es im Kindergarten ein Problem gibt, hört der Bürgermeister das sofort. Wenn es im Altenheim ein Problem gibt, hört er nichts“, sagte Minister Laumann. „Die beste Kontrolle ist, dass Bewohner im Umfeld und Beschäftigte sich kennen.“

#### Gegen Ärztemangel im ländlichen Raum

Zum Ärztemangel im ländlichen Raum hat Minister Laumann eine klare Begründung: „Das ist ein Versagen der Politiker. Wir haben so viele Ärzte wie noch nie, hatten aber auch noch nie so viele, die so wenig arbeiten wie heute.“ Heute benötige man 1,4 Ärzte, um auf die Arbeit eines Arztes von früher zu kommen. In NRW werde die Zahl der Ausbildungsplätze gesteigert. So bilde die Privatuniversität Witten-Herdecke Hausärzte aus. Hierzu sei der anthroposophische Ansatz sehr positiv, sagte Karl-Josef Laumann. Außerdem werde in Bielefeld eine neue medizinische Fakultät aufgebaut. Zudem würden Studienplätze auch nach dem Kriterium vergeben, dass sich die Aspiranten verpflichteten, zehn Jahre in unterversorgten Gebieten zu praktizieren. Lobend hob er die Vorgehensweise im Hochsauerlandkreis hervor. Dort habe der Landrat Karl Schneider ein System eingeführt, das heimische Medizinstudenten in ihrer Ausbildung unterstütze, um danach weiter in der Region zu bleiben. Karl-Josef Laumann bezeichnete die hausärztliche Versorgung als ein Thema für die Senioren-Union, „weil die Älteren den Hausarzt mehr brauchen als die Jüngeren. Wenn sie keine Allgemeinmediziner mehr haben, dann gibt es auch bald keine Apotheken mehr.“

#### Für gerechtere Mindestrente

Zur Grundrente merkte der Minister an, es gäbe viele, die 40 bis 45 Jahre gearbeitet hätten und gerade so viel Geld hätten wie jemand, der seit fünf Jahren hier lebe.“ In NRW arbeitete ein Viertel der Bevölkerung vollschichtig für 2000 Euro im Monat. Er kündigte an, dass „große sozialpolitische Debatten kommen werden. Darauf müssen wir uns gut vorbereiten.“ Die Senioren-Union forderte er auf, offensiv für eine höhere Mindestrente einzutreten. Die Rente müsse ein Stück Widerspiegelung der Arbeitsleistung sein. Es müsse in der Partei über die Einführung von Betriebsrenten gesprochen werden.

## 4.2 Minister Hendrik Wüst



Mit dem Hinweis, dass der aktuelle Gast der Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union der CDU täglich auf besondere Weise in den Medien vertreten sei, begrüßte Landesvorsitzender Helge Benda den Landesverkehrsminister Hendrik Wüst in Duisburg. „Täglich hören wir in den Verkehrsnachrichten die vielen Stau-Meldungen. Hier hat Minister Wüst einen großen Berg abzutragen, der von seinen Vorgängern aus den SPD-Regierungen aufgebaut wurde“, sagte Helge Benda vor etwa 130 Teilnehmern dieser Konferenz.

Hendrik Wüst betonte, dass in Nordrhein-Westfalen die einzige bürgerliche Regierung in Deutschland regiere. Die Regierung in Nordrhein-Westfalen stehe unter anderem für Bürokratieabbau, Wirtschaftskraft, kluge Schulpolitik, geräuschlose, gute Arbeit. Die Verkehrspolitik müsse der Entwicklung gerecht werden, dass immer mehr Arbeitnehmer immer weiter über das Land verteilt arbeiteten und längere Wege in Kauf genommen werden müssten. Dasselbe gelte für die Wirtschaft, die zum Teil grenzüberschreitend über Verkehrswege geführt werden müsse.

Eine Lanze brach der Minister für die Deutsche Bahn. Die zuletzt immer häufige kritisierte Unpünktlichkeit der Bahn hänge auch damit zusammen, dass immer mehr Verkehr auf die Schienen verlagert werde und der Verkehr auch hier immer dichter werde. Minister Wüst kündigte an, dass in den nächsten Jahren 40 bis 50 Milliarden Euro in die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen investiert würden. Seine Aufgabe sei es unter anderem, vernetzte Mobilität zu schaffen. Es sei notwendig, die Pläne aller Verantwortungsebenen zu koordinieren. Hierzu habe er die Stabsstelle Baustellenmanagement eingerichtet, der zurzeit Vertreter von Straßen-NRW, der Bahn und allen weiterhin beteiligten Stellen angehörten. Dieser Stelle würden alle Aktivitäten gemeldet, um diese zu koordinieren.

Und dass es die bürgerliche Landesregierung ernst meint, machte Hendrik Wüst unmissverständlich deutlich: „Wenn wir bauen, und da arbeitet keiner, gibt es Ärger. Ich bin nicht bereit, 1000 Gründe zu akzeptieren.“ Die Landesregierung habe neue Verträge mit ihren Partnern gemacht, die einen Baubeginn drei Monate nach Zuschlag verpflichtend machten. An Autobahnen seien schon 227 Wochen Bauzeitverkürzung erreicht worden, indem in einer weiteren Schicht gearbeitet werde. Die Arbeit am Wochenende und nachts koste zwar mehr Geld, aber schaffe gerade bei hoch frequentierten Autobahnbaustellen schnellere Fertigstellung.

Hendrik Wüst schätzt, dass der LKW-Verkehr bis 2030 drastisch zunehmen wird. Deshalb müsse die Verlagerung auf andere Verkehrswege jetzt geplant und eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. „Der Güterverkehr ist Teil unseres Lebensstandards. Eine frühzeitliche Bürgerbeteiligung muss für diese Pläne organisiert werden“, fordert der Minister. Es solle bei den geplanten Objekten „jeder mitgenommen werden“, stellte er in Aussicht. Dies sei auch für die

Rheinquerung südlich von Köln durch die Wiesen bei Niederkassel geplant. Der Aufbau einer guten, funktionierenden Infrastruktur sei die Voraussetzung für das Angebot an die Menschen, aufs Auto zu verzichten.

Viel Zustimmung erntete der Minister bei seiner Ankündigung, den Erwerb von Bahn-Tickets an Automaten zu erleichtern. Hier helfen die Digitaltechnik und die Festlegung von Parametern, die für das ganze Land Gültigkeit hätten, wie zum Beispiel Luftlinie oder Zeit. „Erst wenn wir das haben, werden wir im ländlichen Raum ein gutes Angebot für den öffentlichen Personennahverkehr bekommen“, sagte Wüst voraus. Die Chancen sieht er in der Digitalisierung, für die er nach seiner Aussage von der NRW-Regierung alle Unterstützung bekomme, die er brauche.

Kritische Fragen nach den Anliegerbeteiligungen bei Straßensanierungen wurden zum Teil sehr emotional von den Konferenzteilnehmern begleitet. Minister Wüst sagte, diese Frage falle in die Zuständigkeit von Ministerin Scharrenbach. Der Landtag habe die Landesregierung beauftragt, eine Lösung für diese Umlagen bis zum Sommer zu finden.

Der Landesvorsitzende Helge Benda beendete die leidenschaftlich geführte Diskussion mit der Anmerkung: „So viel ist bei einer Funktionsträgerkonferenz wohl noch nie diskutiert worden.“

### **4.3 Dr. Christos Katzidis MdL**

Mit einem kurzen Situationsbericht begrüßte der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Helge Benda, bei der jüngsten Funktionsträgerkonferenz in Duisburg den innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christos Katzidis. Helge Benda skizzierte, dass NRW sicherer geworden sei und es seit dem Regierungswechsel eine hohe steigende Aufklärungsquote gebe. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe eine Misstrauenskultur gegen die eigene Polizei eingeführt. „Das gehe jetzt nicht mehr von der Landesregierung aus“, resümierte der SU-Landesvorsitzende.

Dr. Christos Katzidis umriss die Perspektiven für NRW zu Fragen der Sicherheit und betonte, dass seitens der alten Landesregierung die Misstrauenskultur gegenüber der Polizei fortgeführt werde. So wollten die Grünen einen Polizeibeauftragten einführen, um die Polizei zu kontrollieren. „Die ideologischen Einstellungen leben weiter“, sagte der innenpolitische Sprecher, der selbst 26 Jahre im Polizeidienst tätig gewesen ist. Er nannte die Maßnahmen, die von der aktuellen Landesregierung ergriffen worden seien, um die Polizei zu stärken: Dazu gehörten unter anderem die nachhaltige Verbesserung der personellen Situation, die Verbesserung der Ausstattung und die Ausweitung der Befugnisse. Die Regierung Laschet könne auf die meisten Einstellungen verweisen, die jemals bei der Polizei vorgenommen wurden. Zwar habe die alte Landesregierung auch eingestellt, aber die Pensionierungen nicht dagegen gerechnet. Bei der Polizei in NRW gebe es einen Sanierungsstau von einer Mrd. Euro.

Dr. Christos Katzidis nannte Deutschland „eines der sichersten Länder der Welt.“ Auf allen Ebenen sei ein Rückgang der Straftaten zu verzeichnen: Diebstähle, Straßenkriminalität, Gewaltkriminalität. Bereiche, in denen es nicht so positive Ergebnisse zu vermelden gebe, seien die Clan-Kriminalität, der Terrorismus und der Kindesmissbrauch.

Im politischen Bereich betreibe die AfD ein professionelles Propagandamanagement. Allein die Bundestagsfraktion beschäftige nach Angaben Katzidis' 18 Mitarbeiter, um den social media-Bereich zu bedienen. Bei der CDU/CSU seien drei Personen in diesem Bereich tätig. Bei der AfD würden die Medien bundesweit abgesucht, „um Ausländerkriminalität zu suggerieren“.

Die innere Sicherheit werde nicht nur von der Polizei gewährleistet. Auch die Ordnungsbehörden der Kommunen hätten ihren Beitrag zu leisten. Große Städte hätten Ordnungs-Außendienste mit fast gleichen Befugnissen, wie sie die Polizei besitzt.



Die Gewaltkriminalität gegen Rettungskräfte, Mitarbeiter des Sozialamtes und Feuerwehrleute steige. Auch im ländlichen Bereich gebe es mit den so genannten KO-Tropfen ein „extremes Dunkelfeld“. Der Extremismus von links, rechts, politisch und religiös stelle dauerhaft eine Gefahr dar, wobei rechte Straftaten in besonders hoher Zahl verzeichnet würden.

An die Darstellungen des innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagefraktion schloss sich eine rege Fragerunde an, bei der ein breites Spektrum an Themen angesprochen wurde: E-Scooter in Innenstädten, Polizeiausbildung, Polizeigesetze und Pressereaktionen darauf bis hin zu Fragen nach Verhalten bei Anrufen oder Kontaktaufnahmen durch Fremde.

Der Referent rief die Mitglieder der Senioren-Union dazu auf, mit ihrem Erfahrungsschatz dazu beizutragen, auf die Jugend einzuwirken. Landesvorsitzender Helge Benda reagierte darauf mit der Aufforderung an die Anwesenden: „Wir müssen als Senioren-Union politischer werden. Wenn vor Ort Regelungsbedarf besteht, sollten wir zusammen mit der CDU eine gemeinsame Lösung finden. Senioren-Themen, also unsere Belange, werden von uns Älteren einfach früher erkannt.“

Helge Benda forderte zudem dazu auf, politische Schwerpunkte zu formulieren und nannte ein konkretes Beispiel: „Wir wollen Seniorenämter. Ein Büro in jedem Rathaus müsste für die ältere Bevölkerung vorhanden sein, um sie bei Fragen an die Verwaltung zu unterstützen.“ Diese Forderung sollte die CDU in ihr Kommunalwahlprogramm für 2020 schreiben. Außerdem sollten diejenigen Senioren von der Verwaltung besucht werden, die nicht mehr in der Lage sind, Ämter selbst aufzusuchen, um ihre Angelegenheiten zu regulieren.

#### **4.4 Minister Karl-Josef Laumann (Videokonferenz)**



„Beim Impfen kommen wir auf die Zielgerade“

Zweifelloos gibt es neben Jens Spahn mit Karl-Josef Laumann nur einen weiteren Gesundheitsminister, der über diese bundesweite Medienpräsenz und fachliche Anerkennung verfügt. Mit seinen beruhigenden Auftritten und abgewogenen Lagebewertungen ist Laumann ein Fels in der tosenden Corona-Brandung. Zugutekommt ihm seine gesammelte Erfahrung als NRW-Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (2005-10 und ab 2017), als Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit (2015-17) und als langjähriger Sozialpolitiker im Deutschen Bundestag. So erklärt sich, dass es ein starkes Interesse an seinen Vorschlägen zum Kampf gegen die Pandemie gibt. Entsprechend groß war der Teilnehmerkreis der Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union NRW, die am 7. April erstmals im Zoom-Format tagte und Laumann zum Vortrag eingeladen hatte.

**Ein Drittel der Beatmungspatienten stirbt**

Nach Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Helge Benda gab der Minister zunächst einen tagesaktuellen Überblick und ließ keinen Zweifel daran, dass man „sich mitten in der dritten Welle“ befinde. Der Inzidenzwert betrug gerade im Landesdurchschnitt 110, in Krankenhäusern befanden sich 3.450 Corona-Patienten, davon 620 in Beatmung. Mit Blick auf diese schweren Krankheitsverläufe unterstrich Laumann, dass etwa ein Drittel der beatmeten Patienten verstirbt. Zugleich warnte er nachdrücklich vor den neuen viel ansteckenderen Virusmutationen. Während man zu Pandemiebeginn noch mit 15-Minuten Kontaktzeit rechnete, um sich anzustecken, könne dies heute schon nach wenigen Minuten geschehen. Mit Blick auf diese neuen Gefahren zeigte sich der Minister erleichtert, dass inzwischen die Bewohner von Altenheimen „nahezu durchgeimpft sind“. Noch vor kurzem hätte jeder zweite Corona-Tote eine Adresse im Altenheim gehabt. Er erwarte, dass man jetzt auch beim Impfen „auf die Zielgerade kommt“. Bald könnten pro Woche 450.000 Menschen geimpft werden. Am Tag von Laumanns Auftritt bei der SU-Funktionsträgerkonferenz hatte die Impfkampagne erstmal den Jahrgang der 79-jährigen erreicht. Auch die Hausarztpraxen konnten gerade mit dem Impfen beginnen.

### Krankenhäuser nicht überlasten

Laumann erwartet, dass ab Mai wesentlich mehr Impfstoff zur Verfügung steht. Auch die Ankündigung der Bundeskanzlerin, dass bis zum 21. September jeder eine Impftermin habe, ist nach seiner Kenntnis durchaus realistisch. Dennoch sei man „noch nicht über'm Berg“, vor allem gelte es die Pandemie so zu steuern, dass die Krankenhäuser nicht wieder überlastet werden. Ausdrücklich lobte der Minister die wissenschaftliche Leistung, in so kurzer Zeit einen wirksamen Impfstoff zu entwickeln und zu produzieren. Die schnellen Forschungsergebnisse seien ausgesprochen sensationell gewesen. Doch es blieb nicht nur bei lobenden Worten, in der anschließenden Diskussion wurden auch kritische Stimmen laut. Vor allem der anfängliche „Horror bei den Terminvorgaben“ wurde beklagt. Dass das Personal-Management der Kassenärztlichen Vereinigungen unzureichend war, räumte auch Laumann ein. Man bemühe sich aber, die Personalbestände zügig aufzustocken. NRW-weit gab es bei der Terminvergabe offensichtlich erhebliche Unterschiede, denn es meldeten sich auch Teilnehmer zu Wort, die bereits zum zweiten Mal problemlos geimpft waren. Moniert wurde dagegen der zu bürokratische Ablauf („Was soll der Papierkram?“) einer Impfung, ein Urteil, das auch aus Arztpraxen zu hören ist.

### Astra ist ein guter Impfstoff

Zahlreiche Fragen wurden u.a. zum Thema „Testen“ gestellt. Auch die sehr unterschiedlichen Kosten eines PCR-Tests (mal 49,- mal 89,- Euro) wurden kritisch hinterfragt. Laumann bezifferte die Selbstkosten für einen Test mit etwa 12,- Euro. Er erwartet, dass die Preise bald sinken. Das dauernde Hin und Her über die Wirksamkeit des AstraZeneca-Vakzins war zwangsläufig Anlass zu Fragen an den Minister. Seine klare Ansage dazu: „Astra ist ein guter Impfstoff!“ Im Übrigen habe er volles Vertrauen in das Testat der Europäischen Arzneimittel Agentur (EMA). „Das ist die beste Prüfbehörde weltweit“, versicherte Laumann. Besonders besorgt äußerten sich mehrere Teilnehmer darüber, dass die Pandemiebekämpfung immer mehr unter die Räder des Wahlkampfes gerate. Beipflichtend meinte Laumann, je näher der Wahltermin rücke, umso unterschiedlicher entwickelten sich die Corona-Regeln in den einzelnen Bundesländern. Die sei eine höchst gefährliche Entwicklung.

### Orientierung im Corona-Stimmengewirr

So wurden in fast zwei Stunden eine Fülle von Themen angesprochen, wenngleich erwartungsgemäß nicht alle Aspekte umfassend ausdiskutiert werden konnten. Auch die am Vortag von Ministerpräsident Armin Laschet erhobene Forderung nach einem „Brücken-Lockdown“ spielte noch kaum eine Rolle. Das Thema sollte erst nach dieser Aussprache richtig Fahrt aufnehmen. Dennoch war der Zeitpunkt, den Gesundheitsminister zur Funktionsträgerkonferenz einzuladen, ausgesprochen gut gewählt. Denn die Corona-Debatte begann gerade, aus dem Ruder zu laufen. Die letzte Ministerpräsidentenrunde hatte mehr Chaos als Ordnung hinterlassen. Angesichts steigender Fallzahlen war überall das Nervenflackern spürbar. Und die Worte von Angela Merkel im Talk mit Anne Will über eine Notbremse per Bundesgesetz wurden als letzte Mahnung verstanden. Da verhalf ein Dialog mit Karl-Josef Laumann zu einem erhofften Kompass im großen Stimmengewirr. Mit seiner authentisch-bodenständigen Art hat der „gelernte Münsterländer“ gewiss ein paar Follower hinzugewonnen.

## **4.5 Esra Ercan (Videokonferenz)**

### Betrugsstraftaten in Corona-Zeiten

Wie Kriminelle die Verunsicherung schamlos missbrauchen

Das Thema der SU-Funktionsträgerkonferenz am 17. Mai war hochaktuell und wenige Tage zuvor bei „Aktenzeichen XY ungelöst“ anschaulich zu besichtigen. Trickbetrüger, die sich z.B. als falsche Polizisten ausgeben, haben gerade in Corona-Zeiten leichtes Spiel. Viele Ältere meiden die Öffentlichkeit, isolieren sich und werden so Opfer heimtückisch agierender Banden. So auch im von XY aufgegriffenen Fall von Irmgard Weber, der ihr Leben dramatisch verändern sollte. Am Telefon meldete sich ein gewisser „Hauptkommissar Becker von der Kriminalpolizei Euskirchen“. Schon

mit dem ersten Satz baute der Anrufer psychologischen Druck auf, dem die 77jährige nicht gewachsen war. „Wir haben ganz schlimme Nachrichten für Sie!“. Ein bedrohliches Szenario wurde geschildert, in der Nachbarschaft sei mehrfach eingebrochen worden und man habe eine Liste mit weiteren Einbruchzielen gefunden: „Da stand Ihr Name drauf!“ Der falsche Kommissar empfahl ihr, zu Hause aufbewahrtes Bargeld rasch in Sicherheit zu bringen und es am besten direkt der Polizei zu übergeben. Mit einem technischen Trick hatten die Täter die offizielle Rufnummer der Euskirchener Polizei gekapert und die Geräuschkulisse einer Polizeistation während des Telefonats perfekt simuliert. Wenig später – nach Rückversicherung unter der angegebenen Rufnummer – übergab Frau Weber einem falschen Polizisten ihr Ersparnis in Höhe von 110.000 Euro. Nach diesem ersten Coup ließen die Täter nicht locker und ergaunerten schließlich ihr gesamtes Vermögen von über 400.000 Euro. Der Traum vom gesicherten Ruhestand war damit geplatzt. Noch fehlt von den Tätern eine präzise Spur.

#### Neue Trick-Varianten

Das sind die Fälle, über die Esra Ercan immer wieder auf ihren Vorträgen berichtet, so auch bei der virtuellen Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union NRW. Sie ist zuständig bei der Düsseldorfer Kriminalpolizei für den Fachbereich „Seniorenprävention“ und kennt die aktuellen Tricks und Trends bei Straftaten mit Coronabezug. Hier einige der geschilderten „kriminellen Szenarien“ in Kurzform.

Beispiel 1: Der angepasste Enkeltrick - Doktor „Facharzt“ ruft aus dem Krankenhaus an – Enkel sei an Corona erkrankt – Lebensrettende Behandlung ist teuer – Appell an die Hilfsbereitschaft von Älteren. Erkans dringender Rat bei solchen Anrufen: „Sofort auflegen, wenn man um Geld gebeten wird“. Sinnvoll sei es immer, den vermeintlich Erkrankten oder das Krankenhaus selber anzurufen.

Beispiel 2: Der Impfbetrug – Täter in weißen Schutzanzügen klingeln bei älteren Hausbewohnern – Präsentieren sich z.B. als Mitarbeiter des Gesundheitsamtes – Verlangen Vorauszahlung – Impfung erfolge in den nächsten Tagen.

Beispiel 3: Der Fake-Corona-Test – Mindestens zwei Täter erscheinen und mahnen dringend zum kostenpflichtigen Test - Corona grassiere im unmittelbaren Umfeld - Einer simuliert den Test - Der andere durchsucht derweil die Wohnung nach Bargeld und Wertsachen.

„Seit Pandemiebeginn haben wir es verstärkt mit Betrügern zu tun, die sich als Polizisten, Mitarbeiter eines Gesundheitsamtes oder als Ärzte ausgeben. Sie nutzen die Verunsicherung der Menschen schamlos aus“, betonte Ercan. Dabei gehe es nicht nur um angerichtete finanzielle Verluste, sondern auch um erhebliche psychische Folgeschäden bei den Opfern. Mögen die Geschichten noch so authentisch klingen, „übergeben Sie niemals Geld an unbekannte Personen“, lautete eine ihrer Handlungsempfehlungen.

#### Telefonfilter und andere Ratschläge

Festzustellen sei ebenfalls eine Zunahme von falschen Angeboten im Bereich Telekommunikation. Per mail oder Anruf werden in diesen Fällen Hausbesuche eines Fachmannes angekündigt, der die Anlage überprüfen oder austauschen müsse. Zur Absicherung empfahl Ercan die Anschaffung eines sog. Telefonfilters, der vor Anrufern mit betrügerischen Absichten schützen soll. Es versteht sich von selbst, dass in ihrem Vortrag die gängigen Ratschläge vom Einbau einer Türsperre bis hin zur Alarmanlage nicht fehlten. Aber sie konnte auch über positive Entwicklungen berichten. So sei die Zahl der Wohnungseinbrüche in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gesunken. In NRW haben sie in 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 Prozent abgenommen. Die Gesamtzahl der Wohnungsdiebstahl-Einbrüche betrug landesweit 24.780, im Bund waren es 75.000. Gerade in den vergangenen Monaten fehlte Einbrechern die „Gelegenheit zur Tat“. Sie scheuen das Risiko, da die Menschen wegen der Corona-Pandemie mehr Zeit zu Hause verbringen.

Zu Beginn des Vortrages freute sich der SU-Landesvorsitzende Helge Benda über das starke Interesse an diesem Sicherheitsthema. Einige konnten von selbst erlebten Betrugserfahrungen berichten, die Anlass für konkrete Fragen waren. Es gibt viele Bereiche, in denen Betrüger vor allem



ältere Menschen ins Visier nehmen. Deshalb sprach Esra Ercan am 7. Juni ein weiteres Mal zu den SU-Senioreninnen, diesmal zum Thema „Rund um das Internet: Sicherer durch die digitale Welt“.

#### Besondere Gefahren im Netz

Nützliche Präventionshinweise zur sicheren Internetnutzung standen im Mittelpunkt dieses Vortrages. Allem voran gab es ganz praktische Tipps:

- wirksames Antivirusprogramm anschaffen,
- zwei E-Mailadressen, einen für wichtige Vorgänge, einen für Privates,
- regelmäßige Updates und Backups,
- sicheres Passwort und dies öfter auswechseln, etc.

Soziale Netzwerke leben davon, dass sie mit persönlichen Daten gefüttert werden. Aber zu viel Offenheit und Arglosigkeit im Netz könne sehr gefährlich werden, warnte Ercan nachdrücklich. Ein Beispiel: Kriminelle spähen Namen, Adressen und Geburtsdaten aus und laden sich Fotos herunter. Mit den geklauten Daten legen sie neue Profile an, sog. Fake-Accounts. Ein Betrüger kann mit Informationen von Facebook zum Beispiel bei Google+ einen neuen Account anlegen. Dort versucht er das Vertrauen der Freunde seines Opfers zu gewinnen, sich Geld zu erschleichen oder startet Erpressungsversuche mit erfundenen intimen Geheimnissen. Solche Fälle von Identitätsdiebstahl sind leider gängige Praxis.

#### Online-Shoppen nicht bei jedem

Eine weitere Gefahr geht von betrügerischen Anrufen aus. Dabei melden sich angebliche Mitarbeiter von offiziellen Behörden oder Unternehmen und behaupten der PC sei von einem Virenbefall betroffen, oder ein Update sei notwendig. Hier müssen sämtliche Alarmglocken schrillen: Niemals einen Anhang öffnen, niemals eine Adresse eingeben oder Daten mitteilen! Überhaupt sollte man keine Nachrichten, Anhänge oder Links von Fremden öffnen, riet Ercan ihren Zuhörern. Besondere Vorsicht sei bei fremdsprachigen Inhalten geboten.

Ein anderes Thema war das in Corona-Zeiten immer beliebtere Online-Shopping. Bei unbekannten Anbietern solle man stets prüfen, ob sie seriös sind. Ein Check-up sollte Impressum, Datenschutzerklärung, allgemeine Geschäftsbedingungen, Handelsregisternummer aber auch Gütebewertungen oder Rezensionen umfassen. Dabei werde der „vorzugsweise Kauf auf Rechnung oder Bezahlung per Nachnahme“ empfohlen. Wenn Kreditkarteninformationen nicht zu umgehen sind, sollte man regelmäßig die Kreditkartenabrechnung überprüfen, legte die Referentin nahe. Und: „Achten Sie besonders auf Abo-Fallen!“ Zu dem gesamten Themenkomplex gibt Flyer und Broschüren der örtlichen Kripo – und natürlich jede Menge Informationen im Internet. Wo auch sonst! Und schließlich wurde auf den Ratgeber „Senioren im Internet“ verwiesen, der Fragen zu dem Vortragsthema beantwortet.

Zu Beginn der Sitzung bewertete der SU-Landesvorsitzende Helge Benda das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt als „sensationellen Erfolg für die CDU“. Besonders bemerkenswert sei, dass fast alle Wahlkreise direkt gewonnen werden konnten. Zugleich habe die CDU an keine andere Partei Wähler abgegeben, sondern von allen Seiten Zuwächse erzielt. Der Erfolg sei eine gute Motivation für die Bundestagswahl, betonte er.

## **4.6 Marie-Luise Dött MdB (Videokonferenz)**

### **Klimaschutz – wie werden die Lasten verteilt?**

Seit 1998 sitzt Marie-Luise Dött für die CDU im Deutschen Bundestag. Sie ist umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Eine Funktion, die es nahelegt, dass sie zu allen klimarelevanten Themen eine klare Position vertritt. Das gilt besonders für das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem das Bundes-Klimaschutzgesetz in Teilen als verfassungswidrig eingestuft wurde. Ein Richterspruch, der für erheblichen Wirbel sorgte und der den SU-Landesvorsitzenden Helge Benda veranlasste, Dött zu einer Videokonferenz mit den SU-Funktionsträgern einzuladen. Dabei sollte das „BVG-Urteil im Blickwinkel der Generationengerechtigkeit“ betrachtet werden.

### Lastenverteilung unter Generationen



„Dieses Urteil war ein Paukenschlag“, so begann die Referentin ihre politische Einordnung zu der Entscheidung. Sie sei trotzdem zu akzeptieren, was die zügig verabschiedete Novelle zum Bundes-Klimaschutzgesetz bereits sicherstelle. Gleichwohl müsse betont werden, dass der Gesetzgeber im Grundsatz nicht gegen das Klimaschutzgebot des Artikels 20a des Grundgesetzes verstoßen habe. Darin heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...“\* Als Folge daraus erklärten die Richter, es dürfe nicht einer Generation zugestanden werden, „unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO<sub>2</sub>-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.“ Für Dött stellt sich die Frage, ob hier nicht eine neue verfassungsrechtliche Kategorie eingeführt wird, die in letzter Konsequenz für alle politischen

Bereiche gültig sei. Unter diesem Blickwinkel müsse man z.B. die Staatsverschuldung neu betrachten, deren Lasten ebenfalls Folgegenerationen abtragen müssten. Außerdem sei es dem „heutigen Gesetzgeber beinahe unmöglich, bereits zehn Jahre im Voraus sektorscharfe Emissionsreduktionen und Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen. Dies ist im hohen Maße von technischen Innovationssprüngen abhängig, die nicht vorhersehbar sind“, sagte Dött. Ihrer Meinung nach könne man die tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen bis zum Ende der 2020er Jahre bestenfalls prognostizieren, aber nicht konkret darstellen. Insgesamt ergebe sich aus dem Urteil eine sehr weit gefasste Pflicht des Staates zum Klimaschutz.

### CDU für Freiwilligkeit und Anreize

Die Große Koalition hat inzwischen die notwendigen Bestimmungen ergänzt, das Gesetz schreibt die jahresscharfen, zulässigen Emissionsmengen für die einzelnen Sektoren vor und senkt die bisher vorgesehenen Werte ab, um sie an das neue Minderungsziel von 65 Prozent im Jahr 2030 anzupassen. Den Löwenanteil der zusätzlichen Reduktion werden die Energiewirtschaft und die Industrie übernehmen, die damit laut Dött „vor einer Herkulesaufgabe stehen“. Klimaneutralität müsse in Deutschland so erreicht werden, dass gleichzeitig Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten bleiben. Als Abgeordnete eines Wahlkreises im Ruhrgebiet (Oberhausen/Wesel) weiß die mittelständisch geerdete Kauffrau welche Sorgen die Bürger bei diesem Thema umtreiben. Für die Union gehe es darum, den Klimaschutz mit so viel „Freiwilligkeit und Anreizen wie möglich“ voranzutreiben, während andere Parteien – allen voran die Grünen – zuerst auf Verbote setzen. Bestes Beispiel sind die von ihnen geplanten Einschränkungen beim Flugverkehr (keine Kurzstreckenflüge), der beim CO<sub>2</sub>-Austoß eine fast marginale Rolle spielt. Unter den „großen“ Treibhausgas-Verursachern steht das Fliegen mit 3,2 Prozent an letzter Stelle. Andererseits produziert die Internetnutzung allein in Deutschland so viel CO<sub>2</sub> wie der gesamte Luftverkehr. Dött plädierte entschieden dafür, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, statt ideologisch zu diskutieren und ergänzte: „Generell sollten wir das Einsparpotential bei der sparsamen Nutzung von elektrischen Geräten nicht unterschätzen.“ Letzten Endes seien die ambitionierten Ziele aber nur mit der Schaffung einer Europäischen Klima- und Energie-Union zu erreichen, so wie sich die EU jetzt beim sog. „Green Deal“ verständigt habe. Dabei müsse die Modernisierung der Energie-Infrastruktur wesentlich stärker in den Blick gerückt werden.

### SU-Mitglieder nutzen Einsparpotentiale

In der sich anschließenden Fragerunde kamen zahlreiche Aspekte des Klimaschutzes zur Sprache. Dazu gehörten

- die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung,
- die Auswirkungen für energieintensive Industrien, z.B. Aluminiumwerke (in Hamburg, Neuss)



- Fragen zum Kohleausstieg – ohne Debatte im Bundestag,
- die Sicherheit der Stromversorgung,
- Wunderquelle Wasserstoff? (80-prozentiger Energieverlust bei Herstellung), oder Wasserstoff aus Gas,
- Fehlende Speicherkapazitäten,
- Ausbau von Windkraft und Sonnenstrom,
- Hemmnisse beim Leitungsbau, u.v.m.

In der sachkundigen Aussprache wurde auch deutlich, wie zahlreich die Mitglieder der Senioren-Union die neuesten Techniken zur Energieeinsparung nutzen. Über allem schwebte bis zum Schluss die Frage: Wieviel kann von den eigenen Vorstellungen durchgesetzt werden, wenn es nach der Wahl tatsächlich zur einer schwarz-grünen Bundesregierung kommt? Auf solche Spekulationen wollte sich der Landesvorsitzende Helge Benda dann doch nicht einlassen und betonte stattdessen, dass sich „die Teilnahme an dieser Funktionsträgerkonferenz ausgesprochen gelohnt“ habe. Er dankte Marie-Luise Dött für „viele hilfreiche Informationen zu einem schwierigen Thema“, bei dem sie auch in großer Offenheit die Finger in die Wunde gelegt habe. Fazit eines Teilnehmers: Die Polemik der Grünen hilft uns beim Klimaschutz nicht weiter, schließlich sind die Treibhausgasemissionen 2020 um 8,7 Prozent gesunken. Das geschieht im dritten Jahr in Folge, wenn auch diesmal Pandemie bedingt verstärkt.

\*Diese Ergänzung kam 1994 unter der Bundesregierung von Helmut Kohl ins Grundgesetz.

#### 4.7 Minister Jens Spahn MdB (Videokonferenz)



„Was die Briten machen, ist irrational“

Kein Gespräch, kein Treffen, keine Konferenz kann in diesen Tagen beginnen, ohne zuvor über die Flutkatastrophe apokalyptischen Ausmaßes zu sprechen und an die fürchterlichen Schicksale zu denken. Diese Unfassbarkeit beschäftigte auch Jens Spahn am Anfang seines Vortrages auf der Funktionsträgerkonferenz der NRW-Senioren-Union am 19. Juli. „Schlimmer konnte es nicht kommen, erst die Jahrhundert-Pandemie und dann noch eine Jahrhundertflut“, sagte der Bundesgesundheitsminister und erinnerte an die „von unvorstellbaren Flutmassen

zerstörten Leben und Lebenswerke“. Darauf ging auch der SU-Landesvorsitzende Helge Benda in seiner Begrüßung ein und merkte an, Spahn habe sich „seine Amtszeit als Minister gewiss anders vorgestellt“.

##### Das Versprechen wird eingehalten

Spahn kritisierte, dass die Aufarbeitung der Flutkatastrophe wieder stark vom Wahlkampf geprägt sei, statt sich zuerst auf wirksame Hilfen zu konzentrieren. Diese Erfahrung musste der Bundesgesundheitsminister seit Beginn der Pandemie mehrfach machen, er kennt die – oft schäbigen - Versuche, jedes Ereignis politisch zu instrumentalisieren. Wie aber ist der aktuelle Corona-Stand? „Die Lage ist gut, das Virus verändert sich, der Impfstoff ist vorhanden, in punkto Impfung kann die Bundesregierung ihr Versprechen einhalten“, so fasste Spahn zusammen. Jetzt gehe es darum, mehr Menschen von der Notwendigkeit einer Impfung zu überzeugen. Hier gelte das CDU-Prinzip „Freiheit in Verantwortung“ – Verantwortung aus Rücksicht auf unsere Mitmenschen ebne den Weg raus aus der Pandemie. Die richtigen Lehren zu ziehen, ist Spahn ebenso wichtig: „Erstens, mehr Vorsorgen, sich besser auf solche Extremfälle vorbereiten; zweitens, bei der Digitalisierung schneller vorankommen; und drittens, souveräner werden, die starke Abhängigkeit von China verringern“. Man dürfe bestimmte Produktionen nicht abwandern lassen, Europa müsse sich dazu besser aufstellen, betonte der Minister. Auf Nachfrage ergänzte er, dass inzwischen über 80 Prozent der Gesundheitsämter eine einheitliche Software zur Kontakt-Nachverfolgung nutzen. Ursache für die schleppende Umsetzung sei eine zersplitterte Verwaltung, die an einigen Stellen dringend reformiert werden müsse. Spahn verwies in diesem Zusammenhang

auch auf Erfolge beim Digitalisierungstempo und lobte die zügige Verbreitung des digitalen Corona-Impfnachweises. Dieser habe seit seinem Start am 11. Juni richtig Fahrt aufgenommen und werde bereits millionenfach genutzt.

#### Impfpflicht nicht zweckmäßig

Eine beherrschende Rolle spielte das Thema Impfpflicht in der eingehenden Fragerunde. Spahn, der erst im März vergangenen Jahres eine Impfpflicht gegen Masern durchgesetzt hat, lehnte diesen Schritt bei Corona ab. Er setzt auf wachsende Einsicht und Vernunft, auch bei Kindern und Jugendlichen oder beim Gesundheitspersonal. Nicht Geimpfte müssten allerdings erhebliche Einschränkungen hinnehmen, z. B. Ausschluss von Konzertbesuchen oder andere Hürden bei der Bewegungsfreiheit. Auch Hinweise auf den französischen Nachbarn (Macron: Impfpflicht für Personal im Gesundheitsbereich) können Spahn nicht überzeugen, weil er fürchtet, damit die gesellschaftliche Debatte über die Corona-Strategie überflüssig anzuheizen: „Wir würden nur zur weiteren Polarisierung beitragen“. Sehr kritisch beurteilte Spahn dagegen die Entscheidungen des britischen Premierministers Johnson zugunsten umfangreicher Liberalisierungsschritte. „Die Briten machen gerade ein gewagtes Menschheitsexperiment. Ich finde es irrational, aber wir werden sicher daraus lernen“, lautete seine distanzierte Einschätzung. Für die Bundesregierung wäre diese Strategie keinesfalls eine Option.

#### Neue Bemessungsgrundlagen

Ärzte fordern schon seit längerem neue Kennzahlen für die Corona-Schutzmaßnahmen. Eine Frage, der sich auch Spahn auf der Funktionsträgerkonferenz stellen musste: Können die Sieben-Tage-Inzidenzzahlen die einzige Grundlage zur Begründung von Beschränkungen sein? Dass sich hier bald etwas ändern wird, darauf deutet eine neue Verordnung des Gesundheitsministeriums hin, die Kliniken verpflichtet, mehr Details von Covid-Patienten zu übermitteln. Künftig sollen wohl mehrere Parameter zur Messung der Pandemie herangezogen werden, ließ Spahn durchblicken. Einbezogen werden könnten u.a. die Krankenhausbelegung und die Zahl der benötigten Intensivbetten. Auch in einer Stellungnahme des Robert Koch Instituts wird die „Hospitalisierung (Krankenhauseinweisung) als zusätzlicher Leitindikator“ empfohlen.

#### Ein großer Lernprozess

Rückblickend auf den Start der Impfkampagne äußerte eine Teilnehmerin ihr Unverständnis darüber, ausgerechnet die Kassenärztliche Vereinigung als Betreiber von Impfzentren zu verpflichten. Die seinerzeit auch vom Landrat des Kreises Heinsberg Stephan Pusch geäußerte Generalkritik bezog sich insbesondere auf die schleppenden Abläufe beim Impfen. Da wollte auch der Minister nichts schönreden und bestätigte eine „holprige Organisation“. Aber man habe inzwischen viel dazugelernt. Grundsätzlich sei der gesamte Verlauf der Pandemie ein großer Lernprozess gewesen, so wie „wir lernen müssen, noch lange mit der Pandemie zu leben“, betonte Spahn. Das bedeutet auch, dass ab September eine dritte Impfung angeboten wird. Vor allem Menschen mit einer schwachen Immunantwort sollten davon Gebrauch machen. Darüber hinaus empfahl er allen über 60-Jährigen eine Impfung gegen Gürtelrose, die von den Krankenkassen übernommen werde. Mit steigendem Alter nehme das Krankheitsrisiko zu, außerdem könnten langanhaltende Nervenschmerzen mit dieser Infektionskrankheit einhergehen.

#### „Macht einen guten Job“

Neben solchen praktischen Empfehlungen aus berufenem Munde wurden auch andere Themen angesprochen, wie z.B. die Rechtsprechung zum Mindestlohn für ausländische Pflegekräfte. Für Spahn kommt es nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes darauf an, eine Balance zu finden zwischen „fairer Bezahlung der Arbeitskräfte und einer finanziell zumutbaren Belastung der Pflegebedürftigen und ihrer Familien“. Dies zu regeln, sei eine wichtige Aufgabe für die nächste Bundesregierung, die „angesichts der bevorstehenden Aufgaben unbedingt von der CDU geführt werden muss“. Jens Spahn gebühre große Anerkennung für seine Amtsführung unter erschwerten Bedingungen, betonte der SU-Landesvorsitzende Helge Benda in seinem Schlusswort und sprach vom „Bewältigungsstolz“, mit dem der Minister auf die Corona-Zeit zurückblicken könne. „Sie

machen einen guten Job!“, lautete Bendas Beurteilung. Auch wegen Spahns kompetenter Beantwortung zahlreicher Fragen werden alle Teilnehmer diese Auffassung geteilt haben.

## 5 Bezirksvereinigungen

Die Kreisvereinigungen der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen schließen sich gemäß § 7 der Satzung zu Bezirksvereinigungen zusammen. In Nordrhein-Westfalen haben wir 8 Bezirksverbände.

### 5.1 Aachen

Der Bezirksverband Aachen besteht aus den Kreisverbänden Aachen Stadt, Aachen Kreis, Düren/Jülich, Euskirchen und Heinsberg.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzender**

Herbert Geller

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Eberhard Büchel

Wolfgang Gunia

Hans Josef Heuter

Hans Josef Thelen

**Schriftführer**

Peter Weyermanns

**Beisitzer**

Heinz Eberhardt

Horst Felber

Franz Gerle

Helma Lunk-Schröder

Monika Lux

Rainer Mertens

Karl-Heinz Niemeyer

Gudrun Seemann

Klaus Steingießer

Elfriede Vieth



### 5.2 Bergisches Land

Der Bezirksverband Bergisches Land besteht aus den Kreisverbänden Düsseldorf, Mettmann, Oberberg, Remscheid, Rhein-Berg, Solingen und Wuppertal.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzende**

Elke Rühl

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Heidelore Brebeck

Georg Jungbluth

**Schriftführer**

Ortwin Unbehend



**Beisitzer**

Hermann Becker  
 Hans-Georg Heldmann  
 Manfred Klein  
 Bernd Krebs  
 Hansjörg Schweikhart  
 Günter Wehn  
 Jutta Wilke

**5.3 Mittelrhein**

Der Bezirksverband Mittelrhein besteht aus den Kreisverbänden Bonn, Köln, Leverkusen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Sieg Kreis.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzender**

Siegbert Renner

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Dr. Wolfgang Gärtner  
 Werner Theisen

**Schriftführer**

Wilhelm Gunkel

**Schatzmeister**

Kurt Schürmann

**Beisitzer**

Dr. Friedhelm Baisch  
 Christian Faßbender  
 Günther Holschbach  
 Gisela Schuhmann  
 Ilse Skibbe  
 Bernd Werner

**5.4 Münsterland**

Der Bezirksverband Münsterland besteht aus den Kreisverbänden Borken, Coesfeld, Münster, Steinfurt und Warendorf.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzende**

Astrid Birkhahn

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Hildegard Kuhlmann  
 Antonius Koenig  
 Hans Georg Ortmann  
 Dr. Gabriele Peus-Bispinck

**Schriftführer**

Florian Steinforth

**stellvertretende Schriftführerin**

Christa Waschkowitz-Biggeleben

**stellvertretender Schatzmeister**

Alfred Lettmann



### **Beisitzer**

Bernhard Banken  
Heinz Bertels  
Maria Busemann-Holters  
Bernhard Feldmann  
Erika Gericke  
Franz-Josef Große-Berg  
Konrad Grosse-Burlage  
Rainer Hofmann  
Wolfram Keller  
Dieter Klaas  
Herbert Niehaus  
Anneliese Nowack-Wortmann  
Britta Schemmer-Kock  
Eduard Silge  
Alfons Tepasse

## **5.5 Niederrhein**

Der Bezirksverband Niederrhein besteht aus den Kreisverbänden Kleve, Krefeld, Mönchengladbach, Rheinkreis Neuss, Viersen und Wesel.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

### **Bezirksvorsitzender**

Theo Thissen

### **stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Johannes-Theodor Derix  
Klaus Frede  
Reinhard Maly  
Heinz van Baal

### **Schriftführer**

Klaus Eichstädt

### **Mitgliederbeauftragter**

Hans-Wilfried Görden

### **Beisitzer**

Rüdiger Bone  
Wolfgang Bosch  
Marianne Buschmann  
Gerda Coenen  
Franz Josef Esser  
Heinrich Henrichs  
Heinz-Berend Jansen  
Heide Lohse  
Hans Lückner  
Jakob Nühlen  
Angelika Schürings  
Walter Spiegelhoff  
Bernd Wolter



## **5.6 Ostwestfalen-Lippe**

Der Bezirksverband Ostwestfalen Lippe besteht aus den Kreisverbänden Bielefeld, Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden Lübbecke und Paderborn.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzender**

Peter Fröhlingsdorf

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Klaus Jäkel

Manfred Oermann

**Schriftführer**

Dr. Siegfried Kosoubek

**stellvertretende Schriftführerin**

Monika Schäffer

**Beisitzer**

Friedhel Disse

Lis Fockenbrock

Friedrich Günther

Paul Holznagel

Günter Knoche

Josef Kröger

Georg Reiche

Friedrich Schnüll

Volker Steffen



## 5.7 Ruhr

Der Bezirksverband Ruhr besteht aus den Kreisverbänden Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr-Kreis, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen und Unna. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

**Bezirksvorsitzender**

Ingeborg Schrader

**stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Lothar Binger

Peter Neumann-van Doesburg

Brigitte Parlo

Reinhard Zimmermann

**Schriftführer**

Ferdinand Reuter

**Stellvertretende Schriftführerin**

Frohmut Eichinger

**Schatzmeister**

Johannes Alkemper

**Stellvertretender Schatzmeister**

Heiner Kranemann

**Beisitzer**

Hugo Auris

Ruth Barra

Marie-Lis Coenen

Günter Dahlhaus

Karl-Heinz Flühr

Erich Hermann

Dr. Martin Hofmann

Hermann-Josef Hübelbeck

Waltraud Jacobi



Hans-Jürgen Koch  
Klaus Mönnicks  
Herbert Niederstraßer  
Karl-Josef Schiffer  
Rolf Tanski

## **5.8 Südwestfalen**

Der Bezirksverband Südwestfalen besteht aus den Kreisverbänden Hochsauerlandkreis, Mark, Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

### **Bezirksvorsitzender**

Eberhard Bauerdick

### **stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Wolfgang Potthast  
Marion Schwarte

### **Schriftführerin**

Rosemarie Seibt

### **Stellvertretender Schriftführer**

Helmut Schmiegel

### **Beisitzer**

Heide Albert  
Willi Keggenhoff  
Hans-Hermann Möllenhoff  
Professor Horst Pieper  
Dr. Herbert Stelling



## 6 Chronik

### 6.1 Chronologische Übersicht der Landesdelegiertentage seit 1988

1. Landesdelegiertentag (Gründungsversammlung)	23. Juni 1988	Düsseldorf
2. Landesdelegiertentag	3. November 1989	Münster
3. Landesdelegiertentag	8. Juni 1990	Mönchengladbach
4. Landesdelegiertentag	4. Oktober 1991	Bochum
5. Landesdelegiertentag	6. November 1992	Bonn
6. Landesdelegiertentag	21. Oktober 1993	Gütersloh
7. Landesdelegiertentag	18. August 1994	Hagen
8. Landesdelegiertentag	11. April 1995	Essen
9. Landesdelegiertentag	12. Juni 1996	Werl
10. Landesdelegiertentag	3. Dezember 1997	Ahlen
11. Landesdelegiertentag	23. November 1998	Duisburg
12. Landesdelegiertentag	7. Juni 1999	Duisburg
13. Landesdelegiertentag	7. November 2000	Duisburg
14. Landesdelegiertentag	10. Juni 2002	Duisburg
15. Landesdelegiertentag	19. November 2002	Münster
16. Landesdelegiertentag	7. Juni 2004	Düsseldorf
17. Landesdelegiertentag	7. Juni 2006	Düsseldorf
18. Landesdelegiertentag	22. September 2008	Düsseldorf
19. Landesdelegiertentag	26. April 2010	Düsseldorf
20. Landesdelegiertentag	11. Juni 2012	Düsseldorf
21. Landesdelegiertentag	13. Juni 2014	Düsseldorf
22. Landesdelegiertentag	29. August 2016	Düsseldorf
23. Landesdelegiertentag	11. Juni 2018	Düsseldorf
24. Landesdelegiertentag	21. September 2021	Halle in Westfalen



## 6.2 Statistik Mitgliederentwicklung

Entwicklung der Mitgliederzahlen vom 31. März 2018 bis 31. März 2020:

Stand	31.03.2018	31.03.2019	31.03.2020	31.03.2021	+ / -
<b>landesweite Mitgliederzahl</b>	23.786	23.360	22.756	<b>21.384</b>	<b>-2.402</b>

	31.03.2018	31.03.2019	31.03.2020	31.03.2021
<b>Kreisverband</b>				
Aachen	140	767	767	730
Aachen Kreis	434	69	70	65
Düren	175	200	200	181
Euskirchen	250	631	633	593
Heinsberg	235	556	528	516
<b>Summe BV Aachen</b>	<b>1234</b>	<b>1242</b>	<b>1209</b>	<b>1.151</b>
Düsseldorf	150	144	131	123
Mettmann	1066	1071	1048	973
Oberberg. Kreis	183	173	159	150
Remscheid	172	179	182	170
Rhein.-Berg.-Kreis	618	589	553	513
Solingen	35	32	30	35
Wuppertal	46	40	41	37
<b>Summe BV Bergisches Land</b>	<b>2270</b>	<b>2228</b>	<b>2144</b>	<b>2001</b>
Bonn	97	100	96	89
Köln	354	326	314	295
Leverkusen	115	98	87	82
Rhein-Erft-Kreis	698	738	771	723
Rhein-Sieg-Kreis	1258	1261	1231	1.160
<b>Summe BV Mittelrhein</b>	<b>2522</b>	<b>2523</b>	<b>2499</b>	<b>2349</b>
Borken	1592	1533	1437	1.323
Coesfeld	790	797	776	739
Münster	369	352	334	316
Steinfurt	1022	1001	996	951
Warendorf	905	864	857	817
<b>Summe BV Münster</b>	<b>4678</b>	<b>4547</b>	<b>4400</b>	<b>4146</b>
Kleve	766	767	767	730
Krefeld	70	69	70	65
Mönchengladbach	218	200	200	181
Rhein-Kreis Neuss	641	631	633	593
Viersen	594	556	528	516
Wesel	1241	1242	1209	1.151
<b>Summe BV Niederrhein</b>	<b>3530</b>	<b>3465</b>	<b>3407</b>	<b>3236</b>

<b>Kreisverband</b>	31.03.2018	31.03.2019	31.03.2020	31.03.2021
Bielefeld	34	33	29	27
Gütersloh	991	986	945	896
Herford	290	276	266	245
Höxter	343	312	284	257
Lippe	257	245	231	218
Minden-Lübbecke	50	46	42	60
Paderborn	607	606	590	563
<b>Summe BV Ostwestfalen-Lippe</b>	<b>2572</b>	<b>2504</b>	<b>2387</b>	<b>2266</b>
Bochum	197	187	174	155
Bottrop	228	219	213	204
Dortmund	55	54	52	45
Duisburg	145	138	132	109
Ennepe-Ruhr-Kreis	226	223	212	192
Essen	198	206	214	205
Gelsenkirchen	387	371	352	323
Hagen	245	209	175	153
Hamm	257	240	232	216
Herne	103	95	91	83
Mülheim	57	58	55	54
Oberhausen	104	99	90	79
Recklinghausen	1567	1520	1466	1.377
Unna	554	566	578	545
<b>Summe BV Ruhr</b>	<b>4323</b>	<b>4185</b>	<b>4036</b>	<b>3740</b>
Hochsauerlandkreis	746	741	716	640
Mark	655	628	601	571
Olpe	480	475	471	446
Siegen-Wittgenstein	142	135	132	125
Soest	634	627	620	592
<b>Summe BV Südwestfalen</b>	<b>2657</b>	<b>2606</b>	<b>2540</b>	<b>2374</b>



## **7 Impressum**

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen  
Heinrich-Köppler-Haus  
Wasserstraße 5  
40213 Düsseldorf

Tel. 0211 – 13600-22  
Fax 0211 – 13600-54

[senioren@senioren-union-nrw.de](mailto:senioren@senioren-union-nrw.de)  
[www.senioren-union-nrw.de](http://www.senioren-union-nrw.de)

Verantwortlich:  
Heinz Soth, Landesgeschäftsführer  
Mechthild Solberg, Assistentin der Geschäftsführung